

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 29.04.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 20:10 – 20:15 Uhr
Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Suchla Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke 1. stellv. Bezirksbürgermeisterin
Frau Jakupi
Frau Dr. Lentz Fraktionsvorsitzende
Herr Tiemeier

SPD

Herr Bevan Fraktionsvorsitzender
Frau Poly
Frau Richter

Die Linke

Frau Lachenmaier
Herr Dr. Schmitz
Frau Mönter
Herr Stiesch Fraktionsvorsitzender

CDU

Frau Heckeroth Fraktionsvorsitzende
Herr Kasumovic
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister
Frau Meyer

AfD

Herr Villwock

FDP

Herr Kasper

Parteilose Mitglieder

Herr Peter

Verwaltung

Herr Lewald
Herr Spree
Herr Stober
Herr Bartusch
Herr Maschmeier
Herr Voß

Amt für Verkehr
Amt für Verkehr
Amt für Verkehr
Bauamt
Ordnungsamt
Ordnungsamt

Schriftführung

Herr Gabriel

Büro Oberbürgermeisterin und Rat

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksbürgermeister Suchla begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur 6. Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig ist.

Ferner führt er aus, dass unter den Tagesordnungspunkten 2.1, 2.2, 2.3, 5.1, 5.2, 5.6, 21.3 und 21.4 neue Dokumente zur Kenntnisnahme in das Gremieninformationssystem eingepflegt worden seien.

Im Anschluss weist er darauf hin, dass die Eingabe zum Tagesordnungspunkt 5.9 vertagt werde, da noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorhanden sei. Weiterhin habe man sich in der Vorbesprechung darüber geeinigt, dass der Tagesordnungspunkt 9 in erster Lesung ohne Aussprache behandelt werde. Abschließend teilt er mit, dass die Verwaltung, die unter Tagesordnungspunkt 11 angelegte Vorlage zurückgezogen habe.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im ehemaligen Handwerkerbildungszentrum (Kleiberweg 3)

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Umgestaltung Klosterplatz, hier: Kernteamtreffen zur Ausgestaltung des Platzes

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 Schulorganisatorische Maßnahmen zum Schuljahr 2026/27 aufgrund des Schulwahl-verhaltens im diesjährigen Anmeldeverfahren der Sekundarstufe I

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Abstellen von PKW auf dem Rathausplatz (Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0542/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Instandsetzung und Rotmarkierung des Fahrradwegs Stapenhorststraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2026)

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Parkplätze Zimmerstraße (Anfrage von Herrn Kasper [Einzelvertreter der FDP] vom 11.02.2026)

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Vollsperrung der Siechenmarschstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.02.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0608/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Sachstand Mobilitätsstationen (Anfrage von Herrn Kasper [Einzelvertreter FDP] vom 10.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0876/2025-2030

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Verkehrskonzept Bielefelder Westen (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 12.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0897/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Abbiegeregelung an der Kreuzung Feilenstraße / Bahnhofstraße (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1119/2025-2030

Herr Stiesch bittet um eine Stellungnahme zur Zusatzfrage 2 der Anfrage. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Fahrradstände in der Innenstadt (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1120/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.9 Mögliche Nutzung der Brachfläche an der Bielsteinstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1147/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3.10 Sachstand Barrierefreiheit am Ostbahnhof (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1148/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

Zu Punkt 3.11 Sachstand Absenkung der Bordsteine an der Kreuzung Siegfriedstraße / Meinderstraße (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1149/2025-2030

Eine Antwort der Verwaltung liegt nicht vor. Die Anfrage wird vertagt.

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Verbesserung der Sicherheit rund um die OWD- Brücke am Ishara (Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1115/2025-2030

Herr Bevan begründet den vorliegenden Antrag. Herr Stiesch merkt an, dass das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle durch die vorgeschlagenen Maßnahmen erhöht werde.

In der sich anschließenden Diskussion bringen die Mitglieder der Bezirksvertretung zum Ausdruck, dass explizierter Handlungsbedarf an dem genannten Ort bestehe. Es sei notwendig nicht nur aus kriminalpolizeilicher Sicht Maßnahmen zu unternehmen, sondern auch sozialpräventive Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Herr Langeworth verweist auf die besondere brutale Vorgehensweise bei dem letzten Vorfall an der Ishara Brücke. Herr Kasper ergänzt, dass auch bauliche Maßnahmen für diesen Wegabschnitte bedacht werden sollten, da durch die vorhandenen Mauern starke Sichtbeeinträchtigungen geschaffen seien.

Ergänzend fügt Herr Suchla hinzu, dass die Möglichkeit bestehe zu diesem Thema die Expertise aus dem Kamphofviertel für eventuelle Maßnahmen der Verwaltung hinzuzuziehen.

Abschließen stellt Herr Peter den Antrag den Prunkt der „Videoüberwachung“ zu ändern und einzeln abzustimmen:

„Ferner ist der Stand der Beantragung einer dringend benötigten Videoüberwachung, die bereits 2024 im Bahnhofsumfeld angekündigt worden ist.“

Das Gremium stimmt dem Antrag von Herrn Peter zu.

Anschließend erfolgt eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Antrages.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

1) Die Verwaltung wird gebeten, die Bezirksvertretung über die Maßnahmen zu unterrichten, die insbesondere nach Installation der SOKO Innenstadt (2024) im Bereich des genannten Gebiets getroffen worden sind.

2) Die Verwaltung wird ferner gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen seitens der Ordnungsbehörden (Polizei, Ordnungsamt) und der Stadtplanung (Bauamt, Amt für Verkehr, etc.) zusätzlich getroffen werden können, um vor allem den Bereich der Ishara-Brücke endlich sicherer zu machen. Dabei sind neben der Frage einer stärkeren Präsenz von Ordnungskräften zu den kritischen Tages- bzw. Nachtzeiten auch Fragen der Beleuchtung.

- einstimmig beschlossen -

3) Ferner ist der Stand der Beantragung einer dringend benötigten Videoüberwachung, die bereits 2024 im Bahnhofsumfeld angekündigt worden ist.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Holzpoller auf dem Gehweg Lina-Oetker-Straße (Antrag des FDP Einzelvertreters Herr Kasper vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1118/2025-2030

Herr Kasper begründet den vorliegenden Antrag. Frau Dr. Lentz stimmt den Ausführungen von Herrn Kasper zu. Sie könnte sich jedoch vorstellen, dass es für Fußgänger zumutbar sei die andere Straßenseite zu nutzen, um somit kein Handlungsbedarf bestehe.

Im Anschluss führt Herr Lewald aus, dass es am nächsten Tag einen Orts-termin geben werde, bei dem die Situation begutachtet werde.

Frau Hennke beantragt, dass der Antrag auf die nächste Sitzung verschoben wird. Der Antragsteller Herr Kasper und das Gremium stimmen dem Antrag von Frau Hennke zu.

Der Antrag wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Schulwegsicherung in der Eduard-Windhorst-Straße (Antrag der Fraktion Die Linke vom 20.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1122/2025-2030

Herr Stiesch begründet den vorliegenden Antrag.

Im Anschluss trägt Herr Langeworth vor, dass er den Sinn des Antrages nicht verstehe. Er beurteile die beschriebene Sachlage anders und ihm habe bisher niemand eine Beschwerde diesbezüglich entgegengebracht.

Das Gremium fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob der schulseitige Gehweg der Eduard-Windthorst-Straße zwischen der Oelmühlenstraße und der Spindelstraße zugunsten der Schüler:innen mit einem dauerhaften oder zeitlich beschränkten Park- und Halteverbot gesichert werden kann.

- mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 5.1 Änderung der Vorfahrt an der Kreuzung Ravensberger Straße / Mühlenstraße zugunsten des kreuzenden Rad- und Fußverkehrs (Eingabe vom 01.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0126/2025-2030

Frau Heckeroth wünscht sich, dass die Verwaltung den derzeitigen Sachstand dem Gremium vorstelle, bevor die Ergebnisse in der kommenden Infoveranstaltung vorgestellt werden.

Das Gremium fasst folgenden

Die Eingabe wird einstimmig abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Umwidmung einer Fahrspur der Arndtstraße / Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens (Protected Bikelane) (Eingabe vom 08.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0162/2025-2030

In der Diskussion einigen sich die Mitglieder des Gremiums darauf, den Antrag bis zur Umsetzung der geplanten Radroute abzulehnen.

Die Eingabe wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Radweg an der Heeper Straße (Eingabe vom 10.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0182/2025-2030

Herr Stiesch spricht sich für den vorliegenden Antrag aus und verweist auf die Notwendigkeit für die Sicherheit der Radfahrenden die vorhandenen Parkplätze zu entfernen. Frau Heckerroth widerspricht den Ausführungen von Herrn Stiesch und führt an, dass es keinen Sinn mache vor dem geplanten Umbau der Heeper Str. Änderungen vorzunehmen.

Die Eingabe wird mit Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 5.4 Geh- und Radweg im Abschnitt Am Wiehagen und Stieghorster Straße (Eingabe vom 10.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0183/2025-2030

Die Mehrheit des Gremiums einigt sich darauf, dass die Erhaltung des Waldstücks an der betreffenden Stelle von großer Wichtigkeit sei und eine Verbreiterung des Weges nicht in Frage käme.

Die Eingabe wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 5.5 Überholverbot auf der Zufahrt zum Kreisverkehr Beckhausstraße/Brüggemannstraße (Eingabe vom 17.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0215/2025-2030

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Die Eingabe wird einstimmig abgelehnt.

Zu Punkt 5.6 Fahrradpiktogramme Jahnplatz (Eingabe vom 24.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0254/2025-2030

Herr Langeworth trägt vor, dass die Neugestaltung des Jahnplatzes, seiner Meinung nach, nicht durchdacht sei. Besonders in Hinsicht auf die vorhandenen sich kreuzenden Verkehre. Aber neue Piktogramme einzufügen sei seiner Meinung nach, nicht von Vorteil, da dies die Unübersichtlichkeit erhöhen werde. Frau Dr. Lentz schließt sich seinen Ausführungen an und plädiert für gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer. Im weiteren Verlauf schließen sich die restlichen Mitglieder den Ausführungen an.

Die Eingabe wird einstimmig abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.7 Sperre auf dem Radweg Artur-Ladebeck-Straße Einmündung Johannistal (Eingabe vom 22.12.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0288/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass die im Antrag geforderte Maßnahme bereits umgesetzt sei.

Die Eingabe wird einstimmig abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.8 Kleidercontainer im Park der Menschenrechte (Eingabe vom 20.01.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0538/2025-2030

Herr Coesfeld begründet die vorliegende Anregung.

Frau Dr. Lentz merkt an, dass die Räumung der Vermüllung bei den Kleidercontainern zu lange dauere. Sie bitte darum, dass die Räumung der Abfälle häufiger erfolge.

In der sich anschließenden Diskussion teilen die Mitglieder die Meinung der Verwaltung in der veröffentlichten Stellungnahme. Herr Stiesch wünscht sich, dass die Stadtverwaltung bei der Entsorgung von Kleidern die bisher praktizierte Vorgehensweise ändere und andere Standorte oder zumindest mehr Standorte anbiete.

Als letztes teilt Herr Gabriel mit, dass die Verwaltung zurzeit auf eigene Kosten versucht die Sperrmüllablagerungen an den Containern zu entsorgen.

Her Suchla fasst zusammen, dass das Thema aktuell sehr wichtig sei und sich die Bezirksvertretung in naher Zukunft intensiver mit dem Thema auseinandersetzen werde.

Die Eingabe wird einstimmig abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 5.9 Bürgereingabe zum Erhalt historisch bedeutender Häuser & bezahlbaren Wohnraums, Siegfriedstraße 77 & 79 (Eingabe vom 15.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1116/2025-2030

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, da die Prüfungen der Verwaltung noch nicht abgeschlossen sind. Siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 5.10 Pflanzung eines Baumes und Aufstellung eines Findlings in Gedenken an Elfriede Eilers (Eingabe vom 21.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1164/2025-2030

Herr Suchla teilt dem Gremium mit, dass bei diesem Antrag der Stadt Bielefeld keine Kosten entstehen werden. Weder durch die Aufstellung noch durch die Instandhaltung.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst das Gremium folgenden

Beschluss:

Die Nachbarschaftsgruppe Lehmstichviertel beantragt, in Erinnerung an Elfriede Eilers, einen Baum zu pflanzen sowie einen Findling auf der städtischen Rasenfläche (700.64) des ISB aufzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Bezirkliche Sondermittel

Herr Suchla teilt mit, dass unabhängig vom Beschluss eine mögliche Haushaltssperre zur Nichtauszahlung eines gewährten Zuschusses führen könne.

Zu Punkt 6.1 Fördermittelzuschuss zum 37. Stadtteilstfest am 09.05.2026 (Eingabe vom 28.03.2026)

Herr Peter spricht sich gegen jegliche Bewilligung von Sondermitteln durch die Bezirksvertretung Mitte aus.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte unterstützt den Förderverein der Volksschule mit 500.- € bei der Ausrichtung des Stadtteilstfestes am 09.05.2026.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Sondermittel für eine Nachbarschaftsaktion im Lehmstich (Eingabe vom 30.03.2026)

Herr Suchla teilt mit, dass in der Vorbesprechung Übereinstimmung geherrscht habe 200.- € zu bewilligen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte unterstützt Nachbarschaftsgruppe Lehmstichviertel mit 200.- € bei der Ausrichtung Nachbarschaftsaktion.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Sommer-Kunst-Projekt im Quartier Heeper Fichten (Eingabe vom 20.02.2026)

Herr Suchla teilt mit, dass der Antrag zurückgestellt werde bis zur nächsten Sitzung. Es seien noch Fragen zur Ausführung und zur Antragstellerin vorhanden.

Der Antrag wird vertagt.

-.-.-

**Zu Punkt 7 Bebauungsplan Nr. III/3/85.01 „Lebensmitteleinzelhandel Stadtheider Straße“
- Stadtbezirk Mitte -
erneuter Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0148/2025-2030

Frau Henneke erklärt, dass aufgrund der vorgenommenen Änderungen durch die Verwaltung, ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Es sei im Vorfeld gewünscht worden, dass im ersten Obergeschoss nicht störendes Gewerbe einzurichten sei. Dies sei nun nicht der Fall und dafür seien Parkplätze geplant. Zudem sei der Planungsentwurf städtebaulich nicht ansehnlich.

Im Anschluss schließt sich Herr Dr. Schmitz den Äußerungen von Frau Henneke an. Er stellt die Richtigkeit des durchgeführten Lärmgutachtens in Frage. Seiner Meinung nach sei es möglich Wohnungen so zu bauen, dass die vorhandene Lärmbelastung nicht ins Gewicht falle. Er verweist auf Beispiele aus München und Berlin.

Herr Langeworth erklärt, dass seine Vorredner im Unrecht seien. Er verweist auf die bereits jahrelange Vorberatung zu diesem Bauprojekt. Vor allem sei zu beachten, dass es sich hier um ein Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe zu einem Großveranstaltungsort handele. Die hier gezeigte Planung mit den zusätzlichen Parkplätzen sei eine gute Lösung für alle umliegenden Nutzer und spricht sich dafür aus der Vorlage zuzustimmen. In der sich anschließenden Diskussion wenden sich Herr Peter und Herr Stiesch gegen die gezeigte Planung. Herr Stiesch fordert, insbesondere dass die vorhandene Fläche nicht nur für Gewerbe genutzt werde, sondern unbedingt für Wohnraum. Zudem fordert er, dass Besucher des Lokschuppens nicht mehr mit Privatfahrzeugen anreisen sollen sondern mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Ihren Vorrednern entgegnet Frau Heckeröth, dass der Investor sich bemüht habe die geforderte Nutzung umzusetzen. Jedoch sei dies nicht möglich gewesen und deshalb sei nun der Plan umstrukturiert. Eine Wohnbebauung komme nicht in Frage, da die Gefahr bestehe, dass der

Lokschuppen verklagt werde. Im schlimmsten Fall würde die Stadt einen weiteren wichtigen Veranstaltungsort verlieren. Der hier vorgestellte Plan mit den überdachten Parkplätzen sei ihrer Meinung nach gut durchdacht und zustimmungsfähig.

Ihr stimmt Herr Kasper zu und widerspricht Herrn Stiech, dass Besucher des Lokschuppens nur noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen sollen. Dies sei realitätsfern, da viele Besucher aus dem Umland kämen.

Abschließend erklärt Herr Bartusch vom Amt für Verkehr, dass die Bemühungen des Investors nicht störendes Gewerbe unterzubringen gescheitert seien. Die Lärmbelastung an dieser Stelle sei nicht außer Acht zu lassen. Die Verwaltung rechne damit, dass bei Umsetzung der geforderten Wohnbebauung an dieser Stelle eine Welle von Klagen auf die Stadt zukommen könne.

In der sich noch anschließenden Diskussion stellt Herr Peter den Antrag die Vorlage zu vertagen. Diesen zieht er nach der Diskussion zurück.

Die Vorlage der Verwaltung wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 8

Aufhebung des Bebauungsplans Nr. III/3/06.01 „Gebiet zwischen Spindelstraße – Eduard-Windthorst-Straße – Oelmühlenstraße und Oststraße“

- Stadtbezirk Mitte -

Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0530/2025-2030

Herr Langeworth würde gerne wissen, warum der Bebauungsplan aufgehoben werden soll. Ihm antwortet Herr Bartusch, dass es sich hier um die Vereinfachung der allgemeinen Antragsvorgänge handele. Das Bauamt strebe an langfristig Bebauungen einfacher zu gestalten. Zudem sei der alte Bebauungsplan mit Hinweisen auf Regelung, aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts, nicht mehr nachvollziehbar.

Herr Stiesch würde gerne wissen welche Regularien nach der Aufhebung des B-Plans greifen. Ihm antwortet Herr Bartusch, dies seien die allgemeinen Bauvorschriften und die Ausrichtung des Bauprojekts an die angrenzende Bebauung. Auch ohne einen konkreten Bebauungsplan sei eine Regelung durch das Bauamt zu der zu bauenden Maßnahmen möglich.

Abschließend merkt Frau Dr. Lentz an, dass sie nicht nachvollziehen können, warum der Bebauungsplan aufgehoben werden müsse.

Frau Richter stellt den Antrag auf erste Lesung der Vorlage. Das Gremium stimmt der ersten Lesung zu.

-1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9

Gestaltungssatzung gemäß § 89 Absatz 1 Nummer 1 BauO NRW 2018 „Joseph-Haydn-Straße“ und Aufhebung der Gestaltungssatzung gemäß § 89 Absatz 1 Nummer 1 BauO NRW 2018 „Joseph-Haydn-Straße“ vom 19.02.2024

- Stadtbezirk Mitte -
Satzungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0990/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt worden sei. Siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

- 1. Lesung -

-.--

Zu Punkt 10

Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB; hier: Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 6 Wohneinheiten an der Taubenstraße 14

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1102/2025-2030

Frau Dr. Lentz weist darauf hin, dass in Zukunft solche Vorlagen vom Gremium eindringlich gelesen und untersucht werden sollen. Die Bezirksvertretung Mitte sei die letzte Hürde für solche Anträge und deshalb solle diese nicht nur durchwinken, sondern kritisch begutachten, was der Bauantrag enthalte. Ihr zustimmend schlägt Frau Heckerroth vor, dass die Verwaltung zukünftig solche Bauvorhaben in der Bezirksvertretung vorstelle. Abschließend erklärt Herr Bartusch, dass dies hier eine Bebauung in zweiter Reihe sei und somit nicht in der „Flucht“ zu den bereits bestehenden Bauten sei. Deshalb seien in solchen Fällen leichte Abänderungen der Bauform zulässig.

Frau Hennke ergänzt, dass es wichtig sei, dass die Verwaltung dem Gremium darlege, wie genau die Fristen und Vorgänge zum entsprechenden Verfahren sind.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 11

Unterirdische Fahrradgarage Hauptbahnhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0251/2025-2030

Herr Suchla teilt mit, dass die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen habe (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)..

-.--

Zu Punkt 12

Bildungscampus Seidensticker:
Planung der Straße Am Stadtholz im Sinne der Schulwegsicherheit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0006/2025-2030

Frau Heckerroth beanstandet, dass in der Vorlage die Erschließung des Schulwegs nicht mehr über die Feldstraße erfolge. Sie trägt vor, dass eine Änderung der besprochenen Variante keinen Sinn mache. Die Buslinie solle, von Schildesche kommend, links auf die Herforder Straße, dann rechts in die Feldstraße, danach rechts in die Eckendorfer Straße und zum Schluss links in die Straße Am Stadtholz geleitet werden.

Ihr antwortend führt Herr Lewald aus, dass die Feldstraße in Zukunft eine abgebundene Straße sein werde. Somit könne eine Durchfahrt für den Verkehr nicht mehr erfolgen. Deshalb habe man sich dazu entschieden die Haltestelle für den Schulbusverkehr in der Straße Am Stadtholz zu platzieren. Ihm widerspricht Herr Lenageworth und führt an, dass die hier gezeigten Planungen nur zu Gunsten von 2 Schulbussen seien und dafür aber den gesamten Verkehr belasten würden. Er bittet die Verwaltung noch einmal grundlegend zu prüfen, ob es nicht möglich sei den Weg, wie von Frau Heckerroth beschrieben, als Schulweg einzuführen. Zudem solle die Verwaltung diese Planungsmöglichkeit der Bezirksvertretung in der nächsten Sitzung vorstellen.

Herr Lewald trägt vor, dass das in der Vorlage beschriebene Vorhaben erst 2029 oder 2030 umgesetzt werde. Deshalb könne darüber nachgedacht werden die genannte Lösung in der Vorlage als provisorische Lösung vorerst umzusetzen. Die von Frau Heckerroth und Herrn Langeworth vorgetragene Empfehlung können dann für die Zukunft geprüft werden.

Daraufhin schlägt Herr Langeworth vor über den 1. Punkt der Vorlage abzustimmen und den 2. Punkt zu vertagen. Das Gremium stimmt dem Vorschlag zu.

Die Bezirksvertretung Mitte fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Die vorgestellte Schulbuslinie 124 wird gemäß des vorgeschlagenen Linienkonzeptes als Arbeitsgrundlage mit Aufnahme des Schulbetriebs am Bildungscampus Seidensticker zum Schuljahr 2026/2027 in Betrieb genommen.

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der hierfür erforderlichen temporären Bushaltestellen an der Straße Am Stadtholz beauftragt.

- einstimmig beschlossen -

2. Die bauliche Umgestaltung der Straße Am Stadtholz wird mit der vorgeschlagenen Planung als Arbeitsgrundlage realisiert. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten und baulich umzusetzen.

- vertagt -

Zu Punkt 13

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Diebrocker Straße von Wallenbrücker Straße bis einschließlich des Flurstücks 152 (Diebrocker Straße 32)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0950/2025-2030

Ohne Wortbeiträge fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAGNRW) für straßenbauliche Maßnahme in der Diebrocker Straße von der Wallenbrücker Straße bis Diebrocker Straße bis einschließlich des Flurstücks 152 (Diebrocker Str. 32) entsprechend der Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14**Sanierung der August-Bebel-Straße zwischen Nikolaus-Dürkopp-Straße und Friedrich-Verleger-Straße**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1083/2025-2030

Frau Heckerroth würde gerne wissen, ob es möglich sei eine Simulation des Kreisverkehrs im Gremium vorgestellt zu bekommen. Sie befürchtet, dass, sollte die geplante Umsetzung mit dem Kreisverkehr nicht möglich sein, verschiedene Zuwegung bei einer anderen Umsetzung entfallen. Weiterhin befürchtet Sie, dass die Kosten zu hoch sein werden. In diesem Zusammenhang fragt sie, ob es möglich sei die Straße nur in Stand zu setzen und zu einem späteren Zeitpunkt die Maßnahmen der Vorlage umzusetzen. Ihren Äußerungen schließt sich Herr Kasper an und verweist auf die angestrenzte Haushaltslage der Stadt.

Herr Stiesch weist darauf hin, dass moBiel für Leitungsverlegungen die Straße sowieso aufreißen müssen. Zudem habe auf der durchgeführten Bürgerveranstaltung zum Thema, seiner Meinung nach, Einvernehmen für die vorgestellten Maßnahmen bestanden. Außerdem sollen die auf die Stadt zukommenden Kosten zu 80% durch Fördermittel gedeckt werden.

Anschließend erklärt Herr Spree, dass die Fahrbahn auf der August-Bebel-Straße sanierungsbedürftig sei. Und wie Herr Stiech schon angeführt habe, werde die Straße zwecks Verlegung von Fernwärme und Glasfaser aufgerissen. Die für die Umsetzung der Planungen entstehenden Kosten sollen vom Land durch Fördersummen im Bereich bis zu 80% gedeckt werden können. Ferner sei die vorgestellte Variante mit dem Kreisverkehr von der Verwaltung favorisiert, da sie alle Abbiegebeziehungen an dem Standort erfülle, die vom Gremium gewünscht seien.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich die meisten Mitglieder für die Umsetzung der geplanten Umbaumaßnahmen aus. Dem widerspricht Herr Peter aufgrund der Haushaltslage. Er sei der Meinung, dass eine begrenzte Sanierung der Straße ausreiche. Ihm entgegnet Herr Spree, dass ein solches Vorgehen keine nachhaltige Maßnahme sei, sondern nur ein „Flicker“. Zudem, wie bereits einige Male erwähnt, müsse die Straße aufgrund der Fernwärme arbeiten aufgerissen werden. Herr Lewald ergänzt, dass die Stadtverwaltung wegen dem kommunalen

Fernwärmegesetz dazu verpflichtet sei die Umbaumaßnahmen durchzuführen. Weiterhin versuche die Verwaltung durch die Bündelung verschiedener Baumaßnahmen die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner so gering wie möglich zu halten.

Im Anschluss beantragt Herr Langeworth den Beschlusstext wie folgt zu ergänzen: „3. Die Möglichkeiten einer Simulierung des Kreisverkehrs soll im Rahmen eines Verkehrsversuches in einer der nächsten Sitzung dargestellt werden.“

Frau Heckeroth ergänzt zudem: „4. Der Vorlage wird vorbehaltlich zugestimmt, wenn entsprechend hohe Fördermittel zur Verfügung stehen und der Stadt Bielefeld nicht zu viele Kosten entstehen.“

Die Bezirksvertretung stimmt einstimmig den Ergänzungen zu und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Umgestaltung der August-Bebel-Straße zwischen Nikolaus-Dürkopp-Straße und Friedrich-Verleger-Straße erfolgt mit der beigefügten Planung entsprechend der Strecken-Variante Nr. 2 (Grün + 30 km/h, vgl. Anlage 3.2) als Arbeitsgrundlage.
2. Die Umgestaltung der Kreuzung August-Bebel-Straße/Viktoriastraße erfolgt mit der beigefügten Planung entsprechend der Knoten-Variante A (Minikreisverkehr, vgl. Anlage 5) als Arbeitsgrundlage.
3. Die Möglichkeiten einer Simulierung des Kreisverkehrs soll im Rahmen eines Verkehrsversuches in einer der nächsten Sitzung dargestellt werden.
4. Der Vorlage wird vorbehaltlich zugestimmt, wenn entsprechend hohe Fördermittel zur Verfügung stehen und der Stadt Bielefeld nicht zu viele Kosten entstehen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 15

Aktuelle Straßenbaustellen 2026 - Stand 04/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0956/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 16

Errichtung von Holzraummodulen an Bielefelder Schulen in Anwendung des Verfahrensvorschlages auf Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes hier: Grundschule Sieker am Interimsstandort Pestalozzi

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0775/2025-2030

Ohne weitere Wortmeldungen fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Der Betriebsausschuss ISB und der Schul- und Sportausschuss nehmen Kenntnis von der vorgestellten Planung. Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Errichtung des zweigeschossigen Holzmodules am vorgeschlagenen Standort.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Errichtung von Holzraummodulen an Bielefelder Schulen in Anwendung des Verfahrensvorschlages auf Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes
hier: Grundschule Gellershagen am Interimsstandort Gutenberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0776/2025-2030

Ohne weitere Wortmeldungen fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Der Betriebsausschuss ISB und der Schul- und Sportausschuss nehmen Kenntnis von der vorgestellten Planung. Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Errichtung des zweigeschossigen Holzmodules am vorgeschlagenen Standort.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18

Errichtung von Holzraummodulen an Bielefelder Schulen in Anwendung des Verfahrensvorschlages auf Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes
hier: Ceciliengymnasium

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0770/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19

Errichtung von Holzraummodulen an Bielefelder Schulen in Anwendung des Verfahrensvorschlages auf Schulbaumaßnahmen des Bauprogrammes
hier: Gymnasium am Waldhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0772/2025-2030

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 20

Open Art Bielefelder Menschen - Natur - Historie - ein Kunstprojekt der Musik- und Kunstschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1037/2025-2030

Ohne weitere Wortmeldungen fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte befürwortet die Ausstellung „Open Art Bielefelder Menschen – Natur – Historie“ der Musik- und Kunstschule, die sich über eine verbindende Achse vom Bauernhausmuseum an der Ochsenheide über den Jahnplatz bis zum Historischen Museum und den Ravensberger Park erstreckt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 21

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 21.1

Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 0258/2025.2030 vom 06.01.2026 - Radwegführung Artur-Ladebeck-Straße

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 21.2

Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 3465/2020.2025 vom 24.02.2022 - Durchgehende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Oelmühlenstraße

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 21.3 Beschluss des Rates zur Drucksache 0260/2025-2030 - Bebauungsplan Nr. III/1/01.10-1 „Jahnplatz“, 1. Änderung

Herr Suchla verweist auf die Ratsinformationssystem veröffentlichten Informationen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 21.4 Beschlusscontrolling der BV Mitte zur Drucksache 0864/2025.2030 vom 19.03.2026 - Optimierung Wegebeziehung Stadthallenumfeld - Ostmannturmviertel

Frau Hennke begrüßt die schnelle Umsetzung der Maßnahmen und die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Umsetzung der von der Verwaltung geplanten kurzfristigen Maßnahmen und eine mögliche Beleuchtung in Zusammenarbeit mit der Stadthalle. Ferner wird um einen Sachstandsbericht zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung gebeten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Sitzungspause 20:10 – 20:15 Uhr

Herr Suchla stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Suchla
Bezirksbürgermeister

Gabriel
Schriftführung